

Grenzüberschreitungen. Das Rheinland und Westeuropa

Veranstalter: NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln

Datum, Ort: 28.06.2019, Köln

Bericht von: Thomas Roth, NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln

Bereits zum achten Mal fand das Kolloquium des NS-Dokumentationszentrums der Stadt Köln statt. Das Thema der Veranstaltung, die jüngere Forschungen zur NS-Zeit in Köln und im Rheinland vorstellt, lautete diesmal: „Grenzüberschreitungen. Das Rheinland und Westeuropa“. Dahinter stand der Gedanke, die regionalgeschichtliche Perspektive zu weiten und die Bezüge und Verflechtungen zwischen lokaler und kontinentaler Herrschaftspraxis, örtlicher Verfolgungsgeschichte und europäischem Besatzungsregime, individuellen Fluchten und länderübergreifender Zwangsmigration in den Blick zu nehmen.

Die Einsicht, dass lokale NS-Geschichte nicht an den Rändern der Stadt oder Gemeinde Halt machen kann, hat sich in den letzten Jahrzehnten durchgesetzt und findet in wachsendem Maße in der Literatur wie in der Arbeit der Gedenkstätten Berücksichtigung. Besondere Aufmerksamkeit galt dabei der Verknüpfung lokaler NS-Herrschaft mit dem Eroberungs- und Vernichtungskrieg in Osteuropa (etwa im Rahmen der Täterforschung, von Studien zur Deportation und Ermordung der jüdischen Bevölkerung und der neueren Militär- oder Kriegsgeschichte). Der Blick nach Westen scheint demgegenüber weniger ausgeprägt. Obgleich die Beziehungsgeschichte zwischen dem Deutschen Reich und dem Beneluxraum in den letzten Jahrzehnten zunehmend beleuchtet worden und in Teilbereichen bereits eingehend erforscht ist, gibt es noch immer Leerstellen. Um die vielfältigen Verbindungen zwischen dem Rheinland und Westeuropa während der NS-Zeit konkret nachzuzeichnen und differenziert zu erfassen, sind noch weitere Forschungsanstrengungen nötig.

In der ersten Sektion der Tagung stand die Arbeit der Sicherheitsbehörden an der Westgrenze im Mittelpunkt. Dabei ging es gleichermaßen um die Grenze als Demarkations-

und Abschottungslinie wie als Ausgangspunkt für Expansion und Eroberung. ALENA SAAM (Bonn) skizzierte die Entwicklungsgeschichte staatlicher Grenzsicherung zu Beginn des 20. Jahrhunderts, stellte Grenzpolizei und Zoll als zentrale Säulen nationalsozialistischer Grenzkontrolle vor und erläuterte, in welcher Weise diese Behörden ab 1933 organisatorisch neu zugeschnitten und politisch radikalisiert wurden. Die Versuche der NS-Polizeiführung, die Funktionen des Zolls weitgehend in die Agenda der Grenzpolizei zu übernehmen, wurden von der Finanzverwaltung zwar bis 1944 erfolgreich abgewehrt. Allerdings trug der Zoll wesentlich zum nationalsozialistischen Grenzregime bei: zum einen durch seine Präsenz in der Fläche, zum anderen durch die Bereitschaft, einen eigenen Beitrag zur Verfolgung und Bekämpfung von „Staatsfeinden“ zu leisten. Auch bei der Besetzung der Nachbarländer und der Ausweitung des deutschen Herrschaftsbereichs nach Westeuropa spielten Einheiten des Zolls eine wichtige Rolle. Anhand von Beispielen aus dem deutsch-niederländisch-belgischen Grenzgebiet machte Saam abschließend deutlich, in welcher vielfältiger Weise Polizei und Zoll an der Regulierung und Unterdrückung von grenzüberschreitendem Widerstand, Spionage, Fluchtversuchen sowie illegalem Warenverkehr beteiligt waren.

Anschließend richteten LENA HAASE und THOMAS GROTHUM (Trier) das Augenmerk auf die Gestapo Trier. Grothum strich heraus, welche Bedeutung die Überwachung der Grenze für die Trierer Behörde bereits in den 1930er-Jahren hatte. Dies habe sich nicht nur in der personellen Ausstattung sowie einer Vielzahl von Grenzpolizeiposten niedergeschlagen, sondern in einer intensiven abwehrpolizeilichen Arbeit, die immer wieder über die Westgrenze hinausgriff und sich eines Netzwerkes von V-Leuten bediente. Die Beobachtung „staats-“ und „deutschfeindlicher Elemente“ jenseits der Grenze schlug nach der Besetzung des Großherzogtums Luxemburg im Mai 1940 in unmittelbare Repression um. Wie Lena Haase betonte, wurde das im Sommer 1940 gebildete Einsatzkommando Luxemburg der Sicherheitspolizei wesentlich von – ortskundigen – Beamten der Trierer

Gestapo getragen. Während die Grenzkontrollen mit der Besetzung weiter nach Westen verschoben wurden, widmeten sich die Trierer Beamten nun der Überwachung und „Gleichschaltung“ der luxemburgischen Gesellschaft, der Deportation der Jüdinnen und Juden, der Inhaftierung von Widerständlern und der Zerschlagung von Netzwerken französischer Nachrichtendienste.¹

Der zweite Teil der Tagung widmete sich grenzüberschreitenden Fluchtbewegungen. Als Beispiel dienten die 17 Kindertransporte, die zwischen Dezember 1938 und Sommer 1939 etwa 1.000 Minderjährige vom Rheinland aus nach Belgien brachten, jedoch trotz ihrer Bedeutung in der deutschen Erinnerungslandschaft bisher weitgehend unbeachtet geblieben sind.² ANNEKE WINCKEL, ADRIAN STELLMACHER (beide Köln) und ANNE PRIOR (Dinslaken; ihr Vortrag wurde krankheitsbedingt von Adrian Stellmacher übernommen) entwickelten verschiedene Blickwinkel auf das Geschehen. Sie skizzierten die politische und gesellschaftliche Ausgangssituation in Deutschland und Belgien, schilderten Entstehungsgeschichte und Verlauf der Transporte, stellten wichtige Akteure und Hilfsorganisationen vor, verfolgten die Wege der Kinder nach der Aufnahme in Belgien und gingen anhand von Schilderungen des Überlebenden Joseph Birenbaum auf die Erfahrungen der Betroffenen ein. Ausgangspunkt der Rettungsaktionen war das Israelische Waisenhaus in Dinslaken, dessen Betreiber nach der Zerstörung während des Novemberpogroms 1938 die betroffenen Kinder und Jugendlichen in Sicherheit bringen wollten, Kontakte nach Belgien knüpften und so gewissermaßen die Blaupause für weitere Transporte entwickelten. Dabei wurde Köln aufgrund seiner Grenznähe, seiner großen jüdischen Gemeinde und der Infrastruktur aus jüdischen Wohlfahrtseinrichtungen zu einer Relaisstation zwischen Belgien, dem Rheinland und weiteren Regionen des Reiches. Zentral für die Überführung, Unterbringung und Versorgung der Kinder waren jedoch extra zu diesem Zweck gegründete belgische Hilfskomitees, die zum Teil von deutschen Exilanten, vor allem aber vom alteingesessenen jüdischen Bürgertum getragen und unterstützt wurden. Winckel und Stellmacher be-

schrieben die belgische Gesellschaft im europäischen Vergleich als durchaus aufnahmefreudig, kennzeichneten die Kindertransporte aber im Kern als Akt jüdischer Selbsthilfe und stellten die Initiative Einzelner heraus. Anders als bei den Kindertransporten nach Großbritannien bedeutete die Flucht nach Belgien keineswegs die Rettung: Mit dem deutschen Überfall auf Belgien im Mai 1940 und dem Beginn der Judenverfolgung setzte eine Kette neuer Fluchtbewegungen ein. Einrichtungen mussten aufgelöst und verlegt werden, Heiminsassen und Pflegefamilien versuchten ins noch unbesetzte Südfrankreich zu entkommen, etliche Kinder wurden in der Folge von Widerstandsorganisationen (speziell dem Jüdischen Verteidigungskomitee) versteckt oder getarnt bei nichtjüdischen Familien untergebracht. Vor allem die aus Deutschland geflohenen Jugendlichen wurden jedoch in den folgenden Jahren häufig von den Behörden erfasst, interniert und schließlich in die Vernichtungslager deportiert.

Die Organisation der Shoah in Belgien war auch Thema im dritten Teil der Tagung. Hier ging es um Akteure der inneren Verwaltung und deren Rolle im deutschen Besatzungsapparat während der 1940er-Jahre. ROBERT BECKER (Köln) stellte den Verwaltungsjuristen Eggert Reeder vor, der nach 1933 als Regierungspräsident in Aachen und Köln Karriere machte, bevor er 1940 als Verwaltungschef zum zweiten Mann in der neu installierten Militärverwaltung für Belgien und Nordfrankreich aufrückte.³ Becker umriss Reeders Position im Kompetenzgeflecht der Besatzungsbehörden und erörterte dessen Betei-

¹ Vgl. hierzu auch: Gestapo-Terror in Luxemburg. Verwaltung, Überwachung, Unterdrückung, Luxembourg 2015, sowie Justus Jochmann, Abwehr. Die nachrichtendienstliche Tätigkeit der Abteilung III der Staatspolizeistelle Trier am Beispiel Luxemburgs, in: Thomas Grotum (Hrsg.), Die Gestapo Trier. Beiträge zur Geschichte einer regionalen Verfolgungsbehörde, Köln u.a. 2018, S. 203-223.

² Vgl. auch Anne Prior, „Geben Sie diese Kinder nicht auf!“ Kindertransport nach Belgien und die Schicksale der Bewohner des Israelitischen Waisenhauses Dinslaken 1938-1945, Essen 2015. Eine Ausstellung des Lern- und Gedenkortes Jawne (Köln) zu den Kindertransporten nach Belgien wird im November 2019 in Köln eröffnet.

³ Vgl. Robert Becker, Die Kölner Regierungspräsidenten im Nationalsozialismus. Zum Versagen einer Funktionselite, Wien u. a. 2018, insbes. S. 217 ff., 294 ff.

ligung an den Verfolgungsmaßnahmen der deutschen Besatzer, insbesondere an den Geislerschießungen sowie der Erfassung, Ausgrenzung und Deportation der jüdischen Bevölkerung. Becker beschrieb Reeder als in rechten Kontexten sozialisierten, nationalkonservativ und staatsautoritär gesinnten Juristen, der das Selbstbild des Verwaltungsexperten gepflegt, zugleich jedoch funktionierende Arbeitsbeziehungen zu Akteuren aus Sicherheitspolizei und NS-Bewegung entwickelt habe. Reeder habe zwar eine „gemäßigte Besatzungspolitik“ verfolgt, die Förderung der als deutschfreundlich geltenden Flamen unterstützt, auf Einbindung der belgischen Verwaltung gesetzt und bei Verfolgungsmaßnahmen gewisse Rücksichtnahmen auf die belgische Bevölkerung favorisiert. Diese Haltung sei jedoch vor allem taktisch motiviert gewesen und habe der reibungslosen Mitwirkung an der Judenverfolgung nicht entgegenstanden.

Im Anschluss stellte CHRISTOPH BRÜLL einen engen Mitarbeiter Reeders vor, den Kölner Verwaltungsjuristen Franz Thedieck, der zwischen 1940 und 1943 maßgeblich die Kulturpolitik der deutschen Besatzungsverwaltung in Belgien lenkte, bevor er wegen seines vergleichsweise gemäßigten Ansatzes auf Verlangen der NS-Polizeiführung abberufen wurde. Brüll stellte an Thediecks Biografie vor allem die (auch bei Reeder sichtbaren) Kontinuitätselemente heraus.⁴ Der Jurist konnte im NS-Staat nicht nur seine in den 1920er-Jahren begonnene Verwaltungslaufbahn fortsetzen, sondern blieb auch früheren Tätigkeitsfeldern verbunden, insbesondere der „Grenzland-“ und „Volkstumsarbeit“, die er vor 1933 als Mitarbeiter der preußischen Abwehrstelle gegen den Separatismus im Rheinland und Beauftragter der preußischen Regierung für Eupen-Malmedy betrieben hatte. Auf die zwischen den 1920er- und 1940er-Jahren entwickelten Kenntnisse und Netzwerke konnte Thedieck auch nach 1945 zurückgreifen. Da er – anders als der 1951 von einem belgischen Militärgericht abgeurteilte Reeder – nicht als nationalsozialistisch belastet galt und sich den neuen politischen Verhältnissen elastisch anpasste, machte er auch in der Nachkriegszeit Karriere: als Staatssekretär im Ministe-

rium für gesamtdeutsche Fragen, Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung und Intendant des Deutschlandfunks. Die deutsch-belgischen Beziehungen standen nun zwar nicht mehr im Zentrum seiner Tätigkeiten; er blieb aber eine zentrale Figur unter den früheren Mitarbeitern der deutschen Militärverwaltung und prägte als allgemein angesehener Zeitzeuge ein selektives, mitunter apologetisches Bild deutscher Besatzungsherrschaft, das nicht nur in der deutschen Öffentlichkeit gern aufgegriffen, sondern eine Zeitlang auch von belgischen Historikern übernommen wurde.

Die Beiträge des Kolloquiums konnten deutlich machen, wie lohnend es ist, sich auch regionalgeschichtlich näher mit den Beziehungen zwischen dem Reich, dem Rheinland und Westeuropa zu befassen. Schließlich werden dadurch nicht nur bislang weniger beachtete Räume der NS-Herrschaft erschlossen, sondern zugleich neue Einsichten in die Funktionsweise des NS-Regimes möglich. Indes wurde in den Diskussionen mehrfach darauf hingewiesen, dass das historische Interesse insbesondere an Belgien in der deutschen Öffentlichkeit immer noch unterentwickelt sei. Die Transnationalisierung der Forschung, so Christoph Brüll, dürfe sich nicht nur in länderübergreifenden Betrachtungen erschöpfen, sondern erfordere eine weit intensivere Auseinandersetzung mit der Literatur, den Forschungskontexten und erinnerungskulturellen Prozessen der europäischen Nachbarn.

Konferenzübersicht:

Alena Saam (Bonn): Grenzsicherung im Nationalsozialismus. Aufbau und Aufgaben der Grenzbehörden sowie Beispiele vom Alltag an der Grenze

Thomas Grotum / Lena Haase (Trier): „Aller Dienst an der Grenze ist staatspolizeilicher Dienst.“ Luxemburg im Visier der Staatspolizeistelle Trier

Anne Prior (Dinslaken): Das Israelitische Waisenhaus Dinslaken als Impulsgeber für die

⁴ Vgl. etwa Christoph Brüll, Franz Thedieck (1900-1995) – „Zeitgenosse des Jahrhunderts“, in: Historisch-politische Mitteilungen 20 (2013), S. 341-370.

Kindertransporte nach Belgien 1938/39

Äneke Winckel / Adrian Stellmacher (Köln):
Die zentrale Rolle Kölns bei der Umsetzung
der Kindertransporte 1938/39 aus dem Rhein-
land nach Belgien

Robert Becker (Köln): Der Kölner Regierungs-
präsident Eggert Reeder als Militärverwal-
tungschef in Belgien und Nordfrankreich

Christoph Brüll (Esch-sur-Alzette): Expansi-
on nach Belgien als Verwaltungstätigkeit: der
Kölner Beamte Franz Thedieck im National-
sozialismus

Tagungsbericht *Grenzüberschreitungen. Das
Rheinland und Westeuropa*. 28.06.2019, Köln,
in: H-Soz-Kult 01.08.2019.